

Volks-Zeitung

Keine Sonderstreikaktion in Mitteldeutschland.

Eine Erklärung des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten.

Berlin, 10. August. (W. Z. B.)

Wie wir zuverlässig erfahren, hat am 10. August der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten eine Besprechung über den in der Tagespresse veröffentlichten Erlaß an die Eisenbahnbeamtenhäufigkeit gehabt. In ihr wurde von dem Vorstand und einem Vertreter der Gewerkschaften die Erklärung abgegeben, daß sich künftig auf jeden Fall den Bestrebungen und der Leitung der Zentralleitung der Gewerkschaft zu fügen. Die Bundesleitung überließ übernahm die Gewähr dafür, daß von Erfurt keine Sonderstreikaktion unternommen oder gefördert werden wird. Der Erfurter Vertreter erklärte auch seinerseits, daß von Erfurt ohne Einverständnis der Zentralabteilung ein Streik weder propagiert, noch erklärt werden sollte. Der Minister stellte fest, daß zur Frage des Streikrechts der Beamten an sich durch seinen Erlaß eine grundsätzliche Stellung nicht genommen sei. Der Erlaß habe vielmehr die Eisenbahnbeamtenhäufigkeit über die Verweigerung der Propaganda eines Streikrechts in der letzten ersten Zeit auflösen sollen. Ebenso wenig sei die geordnete Betätigung der Organisation durch den Erlaß irgendwie behindert.

Gegen den Spindalismus.

Eine Verammlung des „Deutschen Eisenbahnerverbandes“.

Eine Mitgliederversammlung des „Deutschen Eisenbahnerverbandes“ tagte gestern vormittag im Volkshaus an Charlottenburg. Das Vollzugsratsmitglied Reumann hielt einen Vortrag über das Thema: „Brauchten wir die Zentralverbände?“ Er führte aus, daß die Aktionisten der freien Gewerkschaften, die ursprünglich lediglich für den Klassenkampf gekämpft waren, durch allmähliche Anpassung und Eingebung in den Klassenkampf gelähmt worden seien. Im Kriege habe es sich gezeigt, daß die Gewerkschaften in das Scheitern nationalitätlicher und kapitalistischer Kreise geraten seien. In der Revolution sei von ihnen der Klassenkampf vollständig aufgegeben worden, und man habe die „Arbeitsgemeinschaften“, Bündnisse mit den Kapitalisten gebildet. Man müsse einen Unterschied machen zwischen den Gewerkschaften und den Gewerkschaftsleitungen. Der Spindalismus würde zweifellos bei einer Weiterentwicklung zu großorganisatorischen Formen das gleiche Bild zeigen. Man müsse demnach einsehen, daß die notwendige Arbeit nicht mehr ehrenamtlich gemacht werden könne, und die Folge davon wäre, daß dieselbe Bureaupersonal entfallen würde, wie in den Gewerkschaften.

Bankbeamtenstreik in Hamburg.

Hamburg, 10. August. (Reval.)

Die Bankangestellten hatten beabsichtigt, beschließen, in ihren Arbeitstagen den Demobilisierungskommissionen anzutreten. Dies ist aber jetzt erfolglos geblieben. Die Angestellten hatten ursprünglich beabsichtigt, die Entlassung über den Streik am Montag zu fallen, aber bereits gestern nachmittags wurde die Zustimmung der einzelnen Kommissionen. Es waren 1500 Stimmen für den Streik und nur etwa 300 dagegen abgegeben worden. Eine heute mittag abgehaltene Versammlung aller Bankangestellten, in der das infamistische Element ein starkes Übergewicht hatte, bestrahlte nur den Streikentscheid. Ein von den Berliner Bankvereinigungen gemachter Vermittlungsversuch ist demnach als durchaus ungenügend zur Aufrechterhaltung des Streik beginnt Montag früh. Von anderen Angestelltengruppen ist der Eintritt in einen Sympathiestreik in Aussicht gestellt. Die Beurlaubungen wollen dem Vernehmen nach versuchen, wenigstens die allergrößten Gehälter zu erlangen. Ohne Zweifel steht aber Hamburg eine außerordentlich einschneidende Maßprobe bevor.

Die Lage in Chemnitz.

Aufhebung des verhängnisvollen Belagerungszustandes beabsichtigt.

Tredden, 10. August.

Es haben am Sonntag vormittag Besprechungen stattgefunden zwischen dem Minister für Militärwesen, Herrn Kirchhoff, und dem General v. Edelshausen emeritens und einer Deputation der Chemnitz-er Arbeitervereine. Von letzteren wurden ferner die militärischen Stellen wurde ausgestellt, daß die Verschärfung des Belagerungszustandes durch Festsetzung einer Sperre durch aufgegeben werden könne, falls sich zeigt, daß die Arbeiterorganisationen selbst die Innehaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeiführen in der Lage sind. Es wurden ferner in Chemnitz die Besprechungen der Angehörigen und Arbeitervereine im obigen Sinne zu werden, und hoffen, daß es gelingen wird, weitere militärische Maßnahmen entbehrlich zu machen. Von dem Minister und dem General wurden den Mitgliedern der Deputation kein Zweifel darüber gelassen, daß die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Chemnitz in jedem Falle durchgeföhrt werden wird.

Eine Reichstagsdelegation ist abgegangen. Alle Dokumente zur öffentlichen Verhandlung mit der ausländischen Bevölkerung, die im Wehrdienst in seinen Vorreden und Zeitschriften gegeben hat, erscheinen Mitte August in einer von Wehrdienst befreiten Ausgabe in Buchform zum Preise von etwa 5 Mark im Verlag „Sozial-

Rur große Massen können im gewerkschaftlichen Kampfe einen Erfolg erzielen. Zentralisiert man auf bester Weise, wie die Spindalismus dies anstrebt, so ergibt man statt einer nachvollziehbaren Betätigung in der Sache eine gesplittete Aktion, mit denen die kapitalistische Klasse leicht fertig werden kann. Die Gewerkschaftsleitungen müssen insofern von Grund auf umgestaltet werden. Die Politik, die von den Gewerkschaften getrieben worden ist, habe sich als unfähig gezeigt und sei zu revolutionieren. Man müsse die Leute, die nicht im Sinne des revolutionären Proletariats handeln, aus ihren Ämtern entfernen. Man brauche die Gewerkschaft zum Aufbau des revolutionären Kampfes. Die Betriebsräte sollen das Kampfmittel zur Zerlegung der kapitalistischen Wirtschaft sein.

In der Debatte traten mehrere Redner, darunter Ernst Schulze und Horn, gegen die gewerkschaftliche Organisationsform auf und verlangten den Spindalismus. Ihnen wurde von dem Bezirksleiter Schulz mit Entschiedenheit entgegengetreten. Er polemisierte mit großer Schärfe gegen die Spindalismus, die von kommunistischer Seite getrieben würde. Trotz schillernder Angriffe auf die Verammlungs- und Verhandlungsweise ergab es sich, daß die Mehrzahl der Anwesenden nicht gewillt war, sich von den Spindalisten ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Tredden, 10. August.

Heute vormittag fand in Tredden eine Vorversammlung des sächsischen Eisenbahnerverbandes statt, die sich mit der neuerlichen Agitation für einen Eisenbahnerstreik befaßt. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an die Verbandsmitglieder zu richten, in dem es am Schluß heißt:

„Wenn im Augenblick noch keine Gefahr besteht, daß die Streikbewegung auch unter den sächsischen Eisenbahneren entzündet wird, so muß damit gerechnet werden, daß man versuchen wird, die Bewegung für die Güterlast auch nicht zu Unbesonnenheiten hinzureißen! Die Verordnung über die Wahlen zu den Arbeiter- und Beamtenräten wird in den nächsten Tagen erscheinen. Es finden auf allen Eisenbahnen Wahlen statt. Ihren politischen Streik lehnen wir unter allen Umständen ab. Nur durch Wache und Arbeit kann unter Wirtschaftlichen und unter Berücksichtigung wieder gewonnen. Aber zum Streik ruft er sich hinreichend, macht sich mit schuldigen Verbrechen gegenüber unserer Volksgemeinschaft und unserer Volksgemeinschaft. Von unseren Mitgliedern erwarten wir, daß sie mit Mut und Unerschrockenheit gegen allen Streikwahlsinn Stellung nehmen und auch in schwerer Stunde ihren verantwortungsvollen Platz nicht verlassen.“

schafft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 9. Das Werk enthält unter anderem die Reden Wehrdienst in der Nationalversammlung, ferner die verschiedenen Zeitschriften, das Wehrdienstprogramm und ausführliche persönliche Kommentare Wehrdienst.

Die ungarische Gegenrevolution.

Ministerpräsident Friedrich über die Lage in Ungarn.

Budapest, 9. August. (Ungar. Tel.-Korr.-Bureau.)

Nach dem Bericht des Kriegsministeriums ist die **Entwaffnung der Roten Armee** überall in größter Eile verlaufen und **heute beendet** worden. — Die Regierung hat dem Ministerpräsidenten im Ministerium des Innern Georg Matyasovszky zum Oberstabschefmann von Budapest ernannt.

Budapest, 9. August. (Ung. Tel.-Korr.-Bureau.)

Ministerpräsident Stefan Friedrich gewährte heute einem Journalisten eine längere Unterredung. Betreffend die Verhandlungen mit der Spingebirger Regierung sagte der Ministerpräsident, daß diese mit zwei Vertretern der Spingebirger Regierung in der freundschaftlichsten Weise geführt werden. Der Journalist wendete hierauf auf die Erklärungen des Sozialdemokraten Garami, wonach er in der neuen Regierung die Garantien für die Ergründung der Oktoberrevolution nicht findet und einer Regierung, welche die Sozialisten- und Kommunistenverfolgung betreibt, kein Vertrauen schenke. Der Ministerpräsident erwiderte: „Wegen seiner Prinzipien wird niemand vertrieben. Übergang habe ich überall in der entscheidenden Weise protestiert. Wahr ist nur so viel, daß die Rumänen einen Teil der Mitglieder der Roten Armee internierten. Darauf kann, da die Internierung eine Maßnahme der Wehrverwaltung ist, die ungarische Regierung keinen Einfluß ausüben. Wir werden nur jene Kommunisten zur Verantwortung ziehen, natürlich auf dem Wege der ordentlichen Gerichte, welche an Diebstählen, Mordverbrechen und den jetzt als Todsünde festgestellten gräueltätigen Verbrechen teilgenommen haben. Die Gerichte und die Exekutionen werden die schauerhafte Geschehnisse der Verbrechen befehlen sich in Gott.“

Der Ministerpräsident erklärte ferner, daß eine endgültige Regierung nur nach den Wahlen konstituiert werden könne. „Wir haben“, so sagte er, „die besten Aussichten bezüglich des **Stanzpunkt der Grenze**. Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß die Ungarn mit Österreich in den besten besten nachbarlichen Beziehungen zu leben wünschten.“

Wie England seine Kolonien sichert.

Anstellung von Soldatenfamilien in Australien.

Australien, 10. August.

Wie dröhnend gemeldet wird, wird das englische Kriegsministerium den Antrag stellen, daß in den nächsten drei Jahren 30 000 demobilisierte britische Soldaten mit ihren Familien nach Westaustralien geschickt werden.

Große Aufgaben.

O. N. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages hat die Welt noch keineswegs wieder eingeatmet. In den Ländern, die man bei uns noch immer die feindlichen nennt, setzen sich in dem Maße, wie dort die Demobilisierung fortschreitet, ähnliche Erscheinungen, wie wir sie in Rußland, Deutschland und in den österreichisch-ungarischen Ländern erlebt haben. Selbst in Frankreich wird man zweifelhaft, ob Marshall Foch mit seinem Worte recht behält, daß der Volkswille die Kraft der besiegten Nationen sei. In der Westwelt mit den Russen in Ostasien und in der Arktis zeigen die französischen Truppen jedenfalls recht weise geistige Widerstandsfähigkeit gegen das lasterliche Gift. Französische Kriegsschiffe fahren mit roter Flagge, und die Ärmel der Militärs konnte sich in der Südpazifik nur unter dem Schutze der Deutschen zurückziehen, die dann am 20. April ihren Abtransport von den Franzosen als Kriegsgefangene behandelt wurden. In Ostasien aber ist ein kleiner Teil der Truppen zurückgeblieben, der sich der Roten Armee angeschlossen hat, und dessen Führer, ein französischer Kapitän, die bolschewistische Weltpropaganda mifflert. In England hat Lord George als größter Propagandist den ersten Sturm zwar beschworen, Polizeistreit und Straßenunruhen beweisen jedoch, daß der Sturm fortglüht. In Italien sind die bolschewistischen Ausbrüche längst in besiegten Gebieten an der Tagesordnung. Anherberdient erst Italien die Nachrichten aus Amerika. Negeprogre, Generalstreik, Demonstrationen und anderes läßt an das Wort Lenin denken, daß die Vereinigten Staaten das nächste Ziel sind für den Volkswille.

Optimisten sehen in dem Zusammenbruch der Sudapeteler Kätowirtschaft den beginnenden Abbau des Volkswillens, und forsche Regierungsmänner und noch fanzoliere Parteien malen wieder in Rußland. Das ist ein verhängnisvolles Beginnen. Die große Volkswillenskrise dieses Winters wird noch einmal eine starke Chance der Weltrevolution. Wenn gibt das Spiel noch nicht verloren, und viel wird darauf ankommen, was seine Gegenspieler tun und noch mehr, was sie unterlassen werden.

In Deutschland hat man, wie üblich, die schwere Gefahr mit einigen Konferenzen zu bekämpfen begonnen. Man versteht nicht, was es heißt. Wenn man in Weimar eine Kommission sticht, die unter dem Vorhinein des Herrn Bauer zusammensteht, so ist das unter allen Umständen nötig und möglich. Nur glaube man ja nicht, daß damit alles getan ist, was die Stunde gebietet. Die deutsche Regierung muß nach unserer Meinung in den allerersten Tagen zu einer Politik größter Aktivität übergehen. Sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik. Es genügt nicht, wenn im Innern die Beurlaubten wieder im Stillsitzen, das Betriebssteigele zufriedensellend verabschiedet wird und die Steuerpolitik eine scharf soziale Ausgestaltung erfährt. Man hüte sich auch, in den schweren Minenwetter und in den großen Maschinengetrieben Verhängnismittel von Dauerwirkung zu erfinden. Geistige Bewegungen lassen sich nicht festhalten, und nur geistige Bewegungen, eine Politik des inneren Volkswillens, kann hier helfen. Noch größer fast sind die Aufgaben, die unserer Außenpolitik augenblicklich gestellt sind. Hier handelt es sich darum, uns bei der Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs in das Weltleben einzufügen, und gleichzeitig das und Maßnahmen gegen uns durch eine bessere Einsicht in die große gemeinsame Solidarisität der europäischen Kulturstaaten zu erwirken. Der Augenblick daher ist jetzt vorhanden, und wenn ihn die Regierung aus Bequemlichkeit, Mangel an Weisheit oder Fähigkeit ausläßt, bringt ihn vielleicht keine Ereignis zurück.

Der Ernst der Stunde und die Größe der Aufgaben lassen die Frage gerechtfertigt erscheinen, ob die gegenwärtige Regierung ihnen gewachsen sein wird. Möchte sie sich zur Lösung der Aufgaben nicht imstande erweisen, kann es ihre Pflicht, sich rechtzeitig zu erneuern, daß sie im Innern und nach außen die Probleme meistern kann, die keinen Aufschub dulden. Wir haben es wiederholt ausgesprochen, daß wir zu diesem Zwecke den völligen Neubau des Reichskabinetts für eine Notwendigkeit halten. Die Regierung muß so breit wie möglich haken werden, und die besten Männer, die aufzutreiben sind, müssen auf die Ministerposten gestellt werden. Bis vor kurzem nahm man an, daß die gegenwärtige Regierung im wesentlichen die Regierung der Durchführung des Friedensvertrages sein würde. Es zeigt sich schon jetzt, daß die Gegenwartsaufgaben noch um einige sehr schwere vermehrt worden sind. Wir brauchen eine Regierung, die den Friedensvertrag nicht nur durchgeföhrt, sondern die gleichzeitig durch ihre Tätigkeit an der Verhängung einer Weltkrise keine Revolution und Deutschlands Gleichberechtigung im Vorkriebsstand sicher. Aber diese Regierung darf in keiner Weise zum Mittel der Entente werden, sondern ihre große entscheidende Aufgabe mußte es sein, die Menschheit vom Weltvorkriegswille zum Weltfriedenswille hinführen, um dem Weltvorkriegswille zu entgehen.

Der Streik der Kaliberarbeiter.

Die Regierung lehnt Verhandlungen ab.

Weimar, 10. August.

Der Reichsbergarbeiter in Halle a. S. hatte namens der streikenden Kaliberarbeiter dem Reichsarbeitsminister wiederholt telegraphisch um eine Unterredung und um die Einleitung von Verhandlungen mit den Vertretern der Kaliberarbeiter gebeten. Am Freitag, 8. August, wurde einer Abordnung des Reichsbergarbeiterverbandes unter Führung des Abgeordneten Rechen (H. S. 42) und des Bergers Peter Göttinger zu einer Aussprache mit den Referenten des Reichsarbeitsministeriums in Weimar gegeben. Die mitgeteilten Forderungen gingen im wesentlichen auf weitere Erhöhung der Löhne und Verhängung der Arbeitszeit, aber die